



## NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

**Sitzungsnummer:** SB/01/2007  
**Gremium:** Seniorenbeirat  
**Tag:** Dienstag, 06.02.2007  
**Ort:** Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.204  
**Beginn:** 15:00 Uhr

### A. TAGESORDNUNG

---

#### I. Öffentlicher Teil

---

1. Niederschrift der Sitzung am 29.08.2006
2. Mitteilungen
3. Bericht aus dem Sozialausschuss  
- Herr Insel -
4. Masterplan Wohnen  
- gem. Anlage -
5. Integrationskonzept für die Stadt Hagen, Vorlage: 1041/2006  
- gem. Anlage -
6. Stationäres Hospiz in Hagen  
- Bericht aus dem Arbeitskreis -
7. Bericht aus dem Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit - Planung für 2007
8. Wahl eines neuen stellvertretenden Vorsitzenden
9. Neubenennung einer Vertreterin/ eines Vertreters für die Landesseniorenvertretung
10. Verschiedenes



## **B. SITZUNGSVERLAUF**

---

### **I. Öffentlicher Teil**

---

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 15.00 Uhr. Sie erinnert an die im Jahr 2006 verstorbenen Beiratsmitglieder Frau Lore Schmidt und Herrn Herbert Stammnitz. Sie bittet die anwesenden Mitglieder darum, eine stille Gedenkminute einzulegen.

#### **1. Niederschrift der Sitzung am 29.08.2006**

Gegen die Niederschrift der Sitzung SB/3/06 werden keine Einwände erhoben.

#### **2. Mitteilungen**

Frau Sülberg teilt mit, dass eine Informations-Veranstaltung zum Thema „Reisen für Senioren“ am 08.03.2007 von 14.00 – 17.00 Uhr im DRK-Haus, Feithstraße 36 stattfindet. An Info-Ständen und in Filmvorträgen werden neben Tagesfahrten, mehrwöchige Reisen, Angebote barrierefreien Reisens, betreute Reiseangebote für Seniorengruppen und auch einzeln reisende Senioren vorgestellt. Folgende Reiseveranstalter nehmen an der Veranstaltung teil: Arbeiterwohlfahrt, Caritasverband, Deutscher Rotes Kreuz, Diakonie Mark, Stadtsportbund, Urlaub und Pflege Münster, Runa-Reisen Bielefeld, Berger und Silbar Mettmann. Der Eintritt zu dieser Veranstaltung ist frei, für ein Kaffeegedeck werden 3,50 Euro erhoben.

Sie teilt fernerhin mit, dass das von der VHS in Kooperation mit dem Seniorenbüro, dem Kulturamt und unter Mitwirkung der Senioretheatergruppe des LUTZ im vergangenen Jahr initiierte Tanzprojekt „Miteinander“ für Menschen ab 60 in diesem Jahr fortgeführt wird. Die Aufführungstermine sind am 30. und 31. März 2007 im LUTZ – junge Bühne Hagen.

Herr Wegener bittet darum, die für den 20. November 2007 vorgesehene Sitzung um eine Woche zu verschieben. Frau Sauerwein äußert diesbezüglich ihre Bedenken, da dieser Termin mit den Terminen anderer Gremien abgestimmt worden ist.

Frau Sauerwein teilt mit, dass an dem ersten Workshop „Demographischer Wandel“ auch Mitglieder des Seniorenbeirates vertreten waren. Sie weist auf den nächsten Termin am 10. März 2007 hin.

#### **3. Bericht aus dem Sozialausschuss**

**- Herr Insel –**

Herr Insel berichtet über die Sitzungen des Sozialausschusses und teilt mit, dass keine seniorenrelevanten Themen behandelt worden sind.



#### 4. Masterplan Wohnen

##### - gem. Anlage -

Die Vorsitzende begrüßt Frau Korn und erteilt ihr das Wort. Frau Korn berichtet, dass die Stadt Hagen und die Hagener Wohnungsunternehmen die demografische Entwicklung zum Anlass genommen haben, den Masterplan Wohnen in Auftrag zu geben, um eine Übersicht der Stärken und Schwächen des Hagener Wohnungsmarktes zu erhalten. Von Bedeutung ist die Feststellung, dass in den Jahren 1994 bis 2004 in Hagen ein Bevölkerungsrückgang um etwa 15.000 Einwohner festzustellen ist. Die Anzahl der Senioren ist im gleichen Zeitraum um über 4.000 Personen gestiegen. Als Ursachen hierfür sind der Geburtenrückgang und erhebliche Verluste durch Abwanderungen zu nennen. Bis zum Jahre 2020 wird bei fortlaufendem Trend ein weiterer Bevölkerungsrückgang zwischen 7% und 13% erwartet. Der Hagener Wohnungsmarkt weist infolge der Bevölkerungsrückgänge quantitativ mehr Wohnungen als Nachfragen auf, ca. 5.000 Wohnungen stehen zur Zeit in Hagen leer. Bei Fortsetzung des Trends wird im Jahr 2020 in Hagen ein Wohnungsüberangebot von 7.000 bis über 12.000 Wohneinheiten erwartet.

Auch wenn Hagen schon heute einen starken Überhang an Wohnungen aufweist, wird zukünftig für den Hagener Wohnungsmarkt von einem jährlichen Nachhol- und Erneuerungsbedarf von 0,5% im vorhandenen Bestand ausgegangen. Nachholbedarfe bestehen in den Bereichen des Ein- und Mieteinfamilienhausbaus, des mehrgeschossigen, des seniorengerechten und gemeinschaftlichen Wohnens.

Bei Einschätzung des zukünftigen Bedarfs wird festgestellt, dass die Zahl der Familien- und Paarhaushalte ohne Kinder erheblich rückläufig sein wird. Bei den Single- und sogenannten Starterhaushalten wird ein leichter Zuwachs prognostiziert, die Haushaltsbedarfe der Senioren stagnieren.

Die höchsten Erneuerungs- und Sanierungsbedarfe an Wohnraum weisen die Stadtteile Boele und Hohenlimburg auf. Nach Angaben der Hagener Wohnungsbauunternehmen stehen zukünftig bei über 5.000 Wohneinheiten Modernisierungsmaßnahmen an. Im Jahr 2004 gab es in Hagen noch einen Bestand von 12.380 öffentlich geförderten Wohnungen. Dieser Bestand hat sich in den vergangenen zehn Jahren nahezu halbiert. Bis zum Jahr 2010 werden in der Stadt Hagen noch weitere 6.000 öffentlich geförderte Wohnungen aus der Bindung herausfallen, sodass im Jahr 2020 noch von einem verbleibenden Bestand von 5.000 öffentlich geförderten Wohnungen ausgegangen wird.

Die Handlungsempfehlungen des Gutachtens bringen zum Ausdruck, dass in Hagen vordringlich eine Erneuerung im Bestand vorzunehmen sein wird.

In Hagen besteht zur Zeit ein Angebot von rund 1.600 öffentlich geförderte Wohnungen für Senioren. Die tatsächliche Nachfrage nach altengerechten und barrierefreien Wohnungen beträgt zur Zeit 3.700 Wohneinheiten, sodass hier zur Zeit ein rechnerischer Fehlbestand an ca. 2.100 Wohnungen festzustellen ist. Im Bereich des Betreuten Wohnens oder Service-Wohnens beläuft sich das Angebot in der Gesamtstadt zur Zeit auf ca. 320 Wohnungen.

Abschließend teilt Frau Korn mit, dass sich inzwischen die Wohnungsbauunternehmen und die Verwaltung auf ein koordiniertes, stadtteilbezogenes Vorgehen verständigt haben. Im ersten Schritt wird der Stadtteil Wehringhausen betrachtet, da hier vordringlicher Handlungsbedarf gesehen wird.



Frau Sauerwein bedankt sich bei Frau Korn für die Ausführungen. An der sich anschließenden Diskussion beteiligen sich Frau Klenke, Frau Korn, Frau Sauerwein, Frau Opitz, Frau Verbeek, Herr Göcke, Herr Thielmann und Herr Wegener. Herr Wegener stellt fest, dass Hagen in der Vergangenheit insbesondere die Flusstäler als Industriestandorte bevorzugt hat und sich nunmehr die Chance ergibt, diese Industriebrachen stärker als Wohnquartiere zu nutzen. Frau Korn erläutert, dass diesbezüglich erste Überlegungen getätigt worden sind und in den Planungsgremien über den Rückbau alter Industriestandorte nachgedacht wird. Frau Opitz bittet zu beachten, dass in der Stadt Hagen ein nicht ausreichendes Wohnangebot für Mehrgenerationenhaushalte existiert. Für entsprechende Umbaumaßnahmen steht in Hagen inzwischen genügend freistehender Wohnraum zur Verfügung. Herr Göcke stellt die Frage in den Raum, ob in die Planungen Überlegungen zu den Wohnbedürfnissen der in Hagen lebenden Migranten eingeflossen sind, da die Migranten in Hagen inzwischen einen hohen Bevölkerungsanteil stellen. Es müsse daher für die Stadt Hagen ein großes Interesse daran bestehen, diesen Bevölkerungsanteil zu halten. Herr Thielmann stellt fest, dass der Seniorenbeirat in der öffentlichen Diskussion zu den Themen Demographischer Wandel und Wohnen im Alter zwar eingebunden ist und daneben eigene Aktivitäten entwickelt, er sich aber wünscht, dass der Seniorenbeirat zukünftig stärker an den Entscheidungsprozessen beteiligt wird. Herr Wegener empfiehlt der Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit, sich intensiver mit der Thematik des Wohnens auseinander zu setzen und die Ergebnisse den entsprechenden Gremien zuzuleiten. Frau Korn teilt mit, dass der Arbeitskreis Stadtentwicklung für Anregungen aus dem Seniorenbeirat offen steht. Herr Thielmann empfiehlt, in der Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit, ein Thesenpapier zum Thema Wohnen im Alter zu erarbeiten und dieses in dem Workshop Stadtentwicklung am 10. März 2007 zu vertreten. Frau Opitz, Herr Klein und Herr Wegener erklären ihre Bereitschaft, diesbezüglich in der Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit mitzuarbeiten.

## 5. Integrationskonzept für die Stadt Hagen

- gem. Anlage -

**Vorlage: 1041/2006**

Herr Kühn erläutert, dass mit der vorliegenden Vorlage zunächst der Einstieg in die Thematik begonnen worden ist. In den Vorüberlegungen zu einem Integrationskonzept stand zu berücksichtigen, möglichst alle relevanten Gruppen und Gremien aus Politik und Gesellschaft, freien Trägern unter entsprechender Beteiligung der Migrantenorganisationen in den Diskussionsprozess einzubeziehen.

Er gibt zu verstehen, dass mit der Vorlage die Einladung an die genannten Gruppierungen verbunden ist, sich aktiv an dem Integrationsprozess zu beteiligen. Es ist beabsichtigt, für das Frühjahr 2007 eine Integrationskonferenz einzuberufen. Themenbereiche werden u.a. sein, Seniorenarbeit für und mit Migranten, Schul- und Sprachförderung, Gesundheit für Migranten etc.. Die Einladung zur Integrationskonferenz wird auch an die Mitglieder des Seniorenbeirates mit der Bitte um möglichst große Beteiligung gehen. Ziel ist es, bis zum Ende des Jahres 2007 einen Maßnahmenkatalog zu erarbeiten, die Öffentlichkeit zu informieren und in einzurichtenden Arbeitskreisen Verantwortlichkeiten festzulegen.

An der sich anschließenden Diskussion beteiligen sich Frau Dohms, Frau Opitz, Frau Sauerwein, Herr Göcke, Herr Kühn und Herr Wegener.

Eingehend auf die Frage von Herrn Göcke, ob eine Abwanderungstendenz von



Migranten aus der Bundesrepublik und spezifisch aus Hagen in die Herkunftsländer festzustellen ist, teilt Herr Kühn mit, dass zur Zeit eine solche Tendenz nicht festzustellen ist. Grundsätzlich müsse man sich auch in Hagen darüber Gedanken machen, wie zukünftig auch die pflegerische Versorgung älterer Migranten sicherzustellen ist, da diese in der Mehrzahl in Hagen verbleiben werden.

Herr Wegener fragt an, ob bei der Projektentwicklung an eine wissenschaftliche Begleitung gedacht ist. Herr Kühn teilt diesbezüglich mit, dass an eine wissenschaftliche Begleitung zunächst nicht gedacht ist, sich aus Einzelaspekten aber durchaus eine solche ergeben könnte. Im Übrigen bediene man sich in der Regel aus sogenannten Globalgutachten, da die Datenlage in Hagen und auch in Nordrhein-Westfalen zu den hier lebenden Migranten noch unzureichend ist.

Frau Dohms weist darauf hin, dass auch behinderte Migranten in den Diskussionsprozess einbezogen werden müssen, insbesondere deshalb, weil der Anteil der Behinderten und Schwerstbehinderten im Vergleich zu deutschen Gruppen unter den Migranten besonders hoch ist.

Auf die Frage von Frau Opitz, wie der schulische Bereich in den Prozess eingebunden wird, teilt Herr Kühn mit, dass sowohl der schulische und vorschulische Bereich und angegliederte Organisationen zu der Konferenz eingeladen werden.

Frau Sauerwein bedankt sich bei Herrn Kühn für die Ausführungen.

Es ergeht folgender Beschluss:

Der Seniorenbeirat für die Stadt Hagen nimmt die Vorlage der Verwaltung zur Kenntnis und empfiehlt dem Sozialausschuss und den nachfolgenden Gremien, den Beschlussvorschlag der Verwaltung wie vorgelegt zu beschließen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig beschlossen

Dafür: 18

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

## **6. Stationäres Hospiz in Hagen**

### **- Bericht aus dem Arbeitskreis -**

Herr Verrieth stellt das Ergebnis der Beratungen aus dem Arbeitskreis und die nachfolgenden Entwicklungen dar. Die Kernaussagen des vorliegenden Skripts beziehen sich auf die Beratungsergebnisse der Sitzung des Arbeitskreises am 19. April 2006 mit Herrn Dr. Jaenckner vom Verein stationäres Hospiz in Hagen, Frau Stoppa der Leiterin des ambulanten Hospizes des Caritasverbandes Hagen, Frau Dingerkus von der Alpha-Stelle Münster und dem nachträglich erschienenen Rahmenprogramm des Landes NRW zur flächendeckenden Umsetzung der ambulanten palliativmedizinischen und palliativpflegerischen Versorgung in Nordrhein-Westfalen.

Demnach ist festzustellen, dass eine flächendeckende palliativmedizinische und palliativpflegerische Versorgung in Nordrhein-Westfalen noch nicht erreicht ist. Defizite sind vor allem im ambulanten Bereich festzustellen.

Vorrang hat die häusliche Versorgung unter Berücksichtigung gewachsener Strukturen in der Region, Parallelvorhaltungen und Überkapazitäten sind zu vermeiden. Da in der Region bereits stationäre Hospize in Bochum, Dortmund, Schwerte, Iserlohn und Lüdenscheid bestehen, sind auch diese für Hagen zu berücksichtigen



und in die Versorgungsstrukturen mit einzubeziehen.

Voraussetzung für die Bildung eines kommunalen Palliativnetzwerkes ist die Zusammenarbeit aller beteiligten Berufsgruppen, die Bündelung von Kompetenzen und der Einbezug der regionalen Versorgungsstrukturen wie Krankenhäuser, der niedergelassenen Ärzteschaft, Hospizeinrichtungen, ambulante Pflegedienste und der Pflegeheime.

Der Bedarf der ambulanten Versorgung bemisst sich an einer Bevölkerungsgröße von 250.000 Einwohnern. Auf diese Bezugsgröße entfallen erfahrungsgemäß jährlich 130 Tumor- und 100 Nichttumortumpatienten. Hierzu sind mindestens acht Pflegefachkräfte in Vollzeitstellen erforderlich. Das ambulante Hospiz des Caritasverbandes Hagen verfügt zur Zeit über sechs Pflegefachkräfte in Vollzeitstellen. Der Dienst versorgt im Durchschnitt 170 Patienten pro Jahr. Im Einzelfall werden Patienten in stationäre Hospize in der nahen Umgebung vermittelt. Das sind nach Angaben des Hospizdienstes zwischen 8 - 15 Patienten jährlich. Eine konzeptionelle Anbindung an eine bestehende stationäre Altenpflegeeinrichtung mit ca. vier Plätzen wird angestrebt. Diese sollen ambulant vom Palliativ-Care-Pflegedienst rund um die Uhr versorgt werden. Den Angehörigen soll so ermöglicht werden, in der Einrichtung verbleiben zu können, um auf Wunsch den Sterbenden zu begleiten.

Das seitens des Diakonischen Werkes im Aufbau befindliche ambulante Hospiz soll mit vier Pflegefachkräfte in Vollzeitstellen ausgestattet werden. Auch hier wird die Anbindung an eine vorhandene stationäre Pflegeeinrichtung in Erwägung gezogen.

An der sich anschließenden Diskussion beteiligen sich Frau Opitz, Frau Sauerwein, Herr Klein, Herr Thielmann, Herr Wegener und Herr Verrieth.

Die Frage von Frau Opitz, warum in Hagen bisher noch kein stationäres Hospiz entstanden ist, beantwortet Herr Klein dahingehend, dass die Diskussion in Hagen zur Hospizarbeit schon seit etwa 15 Jahren geführt wird. Er weist auf die Schwierigkeiten der Finanzierung eines stationären Hospizes hin und begrüßt daher, dass das Land NRW grundsätzlich der ambulanten Versorgung den Vorrang einräumt. Er bewertet auch die Absicht des Caritasverbandes positiv, Kapazitäten in einer Pflegeeinrichtung zu nutzen, um dort ambulant Palliativpflege durchzuführen. Herr Wegener teilt mit, dass er in Gesprächen mit der AOK-Westfalen-Lippe die Bestätigung erfahren hat, dass von dort die ambulante palliativmedizinische und palliativpflegerische Versorgung den Vorrang vor einer stationären Versorgung hat. Auch bezüglich der Finanzierung der ambulanten Palliativversorgung und der notwendigen stationären Unterbringung im Einzelfall werden seitens der AOK-Westfalen-Lippe keine Probleme signalisiert. Er weist ebenfalls auf die Schwierigkeiten der Finanzierung eines stationären Hospizes hin, macht aber deutlich, dass der Seniorenbeirat die Entwicklung weiterhin im Auge behalten und die Thematik in einer der nächsten Sitzungen fortführen sollte.

## **7. Bericht aus dem Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit - Planung für 2007**

Herr Verrieth teilt mit, dass der Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit sich in der Sitzung am 23. Januar 2007 darauf geeinigt hat, die Veranstaltungsreihe „Wohnen im Alter“ in den Hager Stadtteilen in der bisher durchgeführten Form fortzusetzen. Die Veranstaltung soll Ende August/Anfang September 2007 im Hager Nordbezirk stattfinden. Als Veranstaltungsorte wurden das Stadtteilhaus in Vorhalle oder das ökumenische Zentrum in Hilfe in Betracht gezogen. Da neben Referentenvorträgen



vorgesehen ist, eine Ausstellung zu präsentieren und ein Catering anzubieten, wird die Geschäftsführung mit einigen Mitgliedern des Arbeitskreises die vorgeschlagenen Veranstaltungsorte besichtigen und auf die Eignung hin prüfen.

Es wurde ferner angeregt, dass sich der Seniorenbeirat im Frühjahr 2007 an der Veranstaltung „Hagen blüht auf“ beteiligen soll, um sich in der Öffentlichkeit z.B. mit einem Info-Stand bekannt zu machen. Herr Verrieth teilt mit, dass er inzwischen Kontakt mit Herrn Mook vom Hagener Stadtmarketing aufgenommen hat. Dieser hat signalisiert, dass er unter „Hagen blüht auf“ Ende April/Anfang Mai 2007 eine Veranstaltung für Hagener Senioren plant und begrüßt daher die Initiative des Seniorenbeirates, sich an einer solchen Veranstaltung zu beteiligen.

## **8. Wahl eines neuen stellvertretenden Vorsitzenden**

Herr Göcke teilt mit, dass er sich aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr in der Lage sieht, seine Verpflichtungen im Beirat erfüllen zu können und somit sein Mandat niederlegen wird. Er bedankt sich bei den Beiratsmitgliedern für das in ihn gesetzte Vertrauen und drückt die Hoffnung aus, dass eine Nachfolge in seinem Sinne gefunden wird.

Frau Sauerwein bittet um Wahlvorschläge zum stellvertretenden Vorsitz. Vorgeschlagen werden Herr Klein, Herr Thielmann und Herr Wegener, diese nehmen die Kandidatur an. Es wird beschlossen, über den stellvertretenden Vorsitz in geheimer Wahl abzustimmen.

Im ersten Wahlgang entfallen von 14 abgegebenen gültigen Stimmen 4 Stimmen auf Herrn Thielmann, 5 Stimmen auf Herrn Klein und 5 Stimmen auf Herrn Wegener. Da im ersten Wahlgang zwischen Herrn Klein und Herrn Wegener Stimmengleichheit festgestellt worden ist, wird ein zweiter Wahlgang erforderlich.

Im zweiten Wahlgang entfallen von 14 abgegebenen gültigen Stimmen 6 Stimmen auf Herrn Wegener und 8 Stimmen auf Herrn Klein. Herr Klein ist mit Mehrheit der Stimmen zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Herr Klein nimmt die Wahl an und bedankt sich für das geäußerte Vertrauen.

## **9. Neubenennung einer Vertreterin/ eines Vertreters für die Landesseniorenvertretung**

Frau Sauerwein stellt fest, dass mit dem Ausscheiden von Herrn Göcke aus dem Seniorenbeirat auch dessen Funktion in der Landesseniorenvertretung NRW erlischt und daher eine Neubenennung erforderlich ist. In Anbetracht der Tatsache, dass Frau Klenke als langjährige, stellvertretende Delegierte ihre Funktionen wahrgenommen hat, schlägt sie vor, Frau Klenke als erste Vertreterin für die Landesseniorenvertretung zu benennen. Gegen diesen Vorschlag ergehen keine Bedenken. Per Akklamation wird mit einstimmigem Beschluss Frau Klenke als erste Vertreterin gewählt. Frau Sauerwein schlägt als Stellvertreter für Frau Klenke Herrn Klein vor, weitere Vorschläge ergehen nicht. Per Akklamation wird einstimmig Herr Klein als Stellvertreter von Frau Klenke für die Landesseniorenvertretung benannt.

Die Geschäftsführung wird beauftragt, die Geschäftsstelle der Landesseniorenvertretung über die Beschlüsse zu informieren.



## 10. Verschiedenes

Es ergehen keine weiteren Diskussionsbeiträge

Ende der öffentlichen Sitzung: 17.00 Uhr





## C. ANWESENDE

---

<u>Name</u>	<u>Bemerkungen</u>
Frau Brinkmann, Hildegard	
Frau Dohms, Ulla	
Frau Domröse, Irmgard	
Herr Ensberg, Erich	
Herr Geitebrügge, Werner	
Herr Göcke, Manfred	
Herr Hermanns, Mike	
Herr Hesse, Hans-Peter	
Frau Hirsch, Ursula	
Herr Insel, Norbert	
Frau Jaschke, Margret	
Herr Klapper, Hans	
Herr Klasen, Günter	
Herr Klein, Hans-Jürgen	
Frau Klenke, Margot	
Herr Mattern, Gerhard	
Frau Opitz, Margit	
Frau Sauerwein, Ruth	
Herr Thielmann, Fritz Otto	
Frau Verbeek, Helmi	
Herr Wegener, Wolfgang	
Frau Wiewiorka, Beate	



---

Ruth Sauerwein  
Vorsitzende

---

RVerrieth  
Schriftführer